Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage- gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 62 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 14. März 1931

Das Allgemeinwohl.

Französischer Chauvinismus. — Lärm um Chaplin. Das Geisterschiff.

Frankreich ist in Gefahr. Frankreich ist immer in Gefahr, aber dieses Mal ganz besonders. Vor kurzem hat der Deutsche Reichskanzler Brüning in seiner Rede bei der Zehnjahrfeier des Studentischen Hilfswerks über den Begriff des Patriotismus gesprochen und dabei gesagt, wirkliche Vaterlandsliebe zeige sich nicht in hemmungslosem Toben noch in der Anwendung hohler Phrasen. Die Vaterlandsliebe sei vielmehr der Entschluß, ruhig und unablässig mitzuwirken an der Sorge für die Allgemeinheit und für den Staat. Ohne übermäßige Anstrengung des Mundwerks. Vielleicht ist diese Erkenntnis nicht vereinzelt, vielleicht lebt sie auch in diesem und jenem französischen Herzen. Jedenfalls ist sie nicht Allgemeingut jenseits des Rheins. Aber der Chauvinismus — das Wort stammt aus Frankreich! — treibt dort immer noch seltsame Blüten. Kann man es anders bezeichnen, wenn der Deutschenhaß heute noch so lebendig ist, daß er imstande war, ein Konzert des berühmten Musikers Weingartner in Paris zu verhindern, daß er fernerhin mit Entsetzen aufschrie, wenn eine deutsche Fußballmannschaft sich zum erstenmal bei einem „Länderspiel" mit einer französischen messen sollte? Weingartner wies in einem gebarnischten Briefe an den Ministerpräsidenten Laval kurz und knapp die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurück. 1917 schon habe er die beanstandete Unterschrift unter den „Protest der 93" zurückgezogen. Das ihm verliehene Kreuz der Ehrenlegion bewahre er bei sich. Nur die Ehrfurcht vor Herrn Laval verbiete ihm, die ganze wüste Hetze mit dem passenden Wort zu benennen. Die deutschen Fußballer haben solche Verwahrung nicht einmal nötig, doch Übernationalisten haben keine Ahnung von wirklicher Vaterlandsliebe.

*

Freilich müssen wir wegen dieser Angelegenheit auch vor der eigenen Tür kehren. Hat es denn irgendwelchen Sinn, wenn ein Berliner Boulevardblatt ganz ernsthaften Tones dazu auffordert, die nach Paris gehenden Fußballer durch ein Volksbegehren zu küren? Das ist eine Übertreibung jedes gesunden Sportsinns und verdient in der heutigen Zeit der Sorgen die schärfste Verurteilung. Aber das ist nicht minder notwendig, wenn der Deutsche sich in der Anbetung fremdländischer Götzen so weit erniedrigt, daß er die Würde eines aufrichtigen Deutschtums verleugnet und die Wertung des eigenen Könnens in die Rumpelkammer wirft. Wer ist Chaplin? Zugegeben, ein Komödiant auf der Leinwand, ein Komiker von Graden. Was machen die Berliner daraus bei seinem jetzigen Besuch? Einen Heros, einen Helden, der seinesgleichen anscheinend nicht auf dieser Erde findet. Die Polizei muß geradezu Herkuleskräfte aufwenden, um die hysterische Begeisterung einzudämmen. Um was es sich handelt? Um das Schattenbild eines Mannes, in der Minute geschaffen, zur Unterhaltung für den Augenblick.

*

„Still und unablässig an der Arbeit für das Allgemeinwohl mitwirken" — das ist nicht gerade Wesenseigentümlichkeit des heutigen Parlamentarismus. Denn „Parlament" heißt schließlich doch „Stätte des Redens". Oder „des Verhandelns". Und in Deutschlands Parlament wird dieses Verhandeln noch besonders erschwert dadurch, daß die oft am Schreibtisch entstandenen „Grundsätze" einer Partei zwar sozusagen heilig gesprochen werden, aber desto schärfer dann mit der Wirklichkeit und ihren bitteren Tagesnotwendigkeiten karambolieren. Das ist dann für die Partei recht bitter, — und es ist daher der Sozialdemokratie gewiß nicht leichtgefallen, im Haushaltsausschuß des Reichstages es durch Stimmenthaltung zu ermöglichen, daß dort die erste Baurate für den Panzerkreuzer B angenommen wurde, der nun schon so lange als Geisterschiff durch die politischen Gewässer schwimmt. Aber er ist eben selbst zu einer politischen Frage, zum Drehpunkt unserer innenpolitischen Kräfteverteilung geworden, und die Sozialdemokratie war damit vor die — allerdings jetzt erst noch vorläufige — Entscheidung gestellt, ob sich die Verteilung wirklich „drehen" würde oder nicht. Freilich soll den Sozialdemokraten der endgültige Entschluß erleichtert werden durch Erfüllung sozialpolitischer und steuerpolitischer Wünsche, aber auch darüber muß erst noch geredet, verhandelt, — gehandelt werden. Hoffentlich immer mit dem Ziel, nach besten Kräften wenn auch nicht still, so doch wenigstens „unablässig an der Arbeit für das Allgemeinwohl mitzuwirken".

Severing über die Polizei.

Hochflut politischer Versammlungen.

Über die Zuverlässigkeit der preußischen Polizei äußerte sich im Hauptausschuß des Preußischen Landtages Innenminister Severing. Er wies u. a. darauf hin, daß die größte Sorge im Augenblick die Fürsorge für die Arbeitslosen sei. Deshalb dürfe kein Pfennig mehr als unbedingt nötig für die Polizei ausgegeben werden. Aber es seien auch Abstriche am Polizeietat nicht zu machen, ohne nicht die Schlagfertigkeit der Polizei zu gefährden.

Der Hunger sei jetzt der größte Feind.

Er ist auch Ursache für die Vermehrung der politischen Zusammenstöße. Die Steigerung der Exzesse infolge der politischen Verwirrung mache eine sorgfältige Ausbildung nicht nur der Schutzpolizei sondern auch der Kriminalpolizei zur Pflicht. Er könne mit gutem Grunde die Versicherung abgeben, daß auch bei größeren bewaffneten Auseinandersetzungen, die hoffentlich nie eintreten würden, die Polizei

allen Anforderungen gewachsen sein werde.

Sicher befänden sich unter den Polizeibeamten hier einige Kommunisten, dort auch Nationalsozialisten. Aber das bedeute keine Zersetzung oder Gefährdung der Schlagkraft der Polizei. Er treibe keine Gesinnungsschnüffelei, aber selbstverständlich müsse und werde er gegen einzelne Personen vorgehen, die durch Zellenbildung politischer Art das Instrument der Staatsexekutive zu gefährden suchten.

Zur Frage des Reichsbanners

erklärte der Minister, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in Preußen allein Aufgabe der Polizei sei und bleibe. Bei der großen Anzahl von Aufgaben, die die Polizei zu erfüllen habe, kämen natürlich hier und da Mißgriffe vor, denn auch

die Polizeibeamten seien nicht lauter Engel.

Wer allerdings wehrlose Gefangene, die sogar unter polizeilichem Schutze stünden, als Polizeibeamter mißhandele, der sei nicht wert, in der Polizei zu bleiben.

Eine gute Polizei sei eine Voraussetzung für ungestörte Arbeit am Aufbau und Aufstieg unseres Vaterlandes.

Abg. Metzenthin (D. Vp.) wies auf die ungeheuerliche Zunahme der Beanspruchung der Polizei bei Versammlungen hin. Aus 40 000 Versammlungen im Jahre 1928 seien

60 000 Versammlungen im Jahre 1930

geworden, die hätten überwacht werden müssen. Noch stärker seien die Fälle gestiegen, in denen gewaltsam eingeschritten werden mußte. Diese Fälle haben sich von 318 im Jahre 1928 auf 2494 im Jahre 1930, also fünfeinhalbmal, gesteigert.

An den Versammlungsstörungen

sind zu 75 Prozent die Kommunisten, mit 21 Prozent die Nationalsozialisten beteiligt, in 49 Fällen habe das Reichsbanner Versammlungen gestört und in 35 Fällen komme der Stahlhelm in Frage. Wenn der Minister diese Zahlen ansehe, so müsse er zu der Erkenntnis kommen, daß der Hauptfeind der Ordnung links stehe. Auch die Notwendigkeit des Gebrauchs der Schußwaffen hat sich seit 1927 auf das Dreifache gesteigert.

Ministerpräsident Braun verteidigt sich.

Warum Hindenburg aus dem Stahlhelm austreten sollte.

Die Vorberatung des Haushaltes des preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten im Hauptausschuß des Preußischen Landtages gab wie in den Vorjahren zu einer größeren politischen Aussprache Anlaß, in die auch Ministerpräsident Braun eingriff. Der Ministerpräsident erklärte zu dem

Vertrag mit den evangelischen Landeskirchen,

daß nur noch ein strittiger Punkt vorhanden sei. Er hoffe, daß der Vertrag alsbald dem Landtag vorgelegt werden könne.

Bezüglich der Osthilfe erklärte er, daß zwischen der Reichsregierung und dem preußischen Staatsministerium niemals Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden hätten, daß das Osthilfegesetz nur mit den preußischen Behörden durchzuführen sei.

Das Osthilfegesetz

sei nicht durch die preußische Regierung, sondern lediglich durch das Verhalten des Vertreters der Provinz Ostpreußen im Reichsrat gefährdet gewesen. Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen den „Unsinn" der im Preußischen Landtag von Kreisen, die von der Demokratie nichts verständen, mit den kleinen Anfragen getrieben werde. Hinsichtlich des Stahlhelmvolksbegehrens verwies der Ministerpräsident auf die Ausführungen des Innenministers Severing, die er vollkommen teile. Zu seiner Bielefelder Rede erklärte der Ministerpräsident, er habe damals gesagt, daß es die übergroße Mehrheit der Bevölkerung als erwünscht ansehen würde, wenn

der Reichspräsident sein Verhältnis zum Stahlhelm löse,

das er unter ganz anderen Voraussetzungen eingegangen sei. Bei seiner Gründung habe der „Stahlhelm" sich nämlich ausdrücklich auf den Boden der republikanischen Staatsform gestellt und alle Frontsoldaten zusammenfassen wollen. Damals habe der Reichspräsident die Ehrenmitgliedschaft angenommen.

*

Volksbegehren und Volksentscheid.

Die entscheidenden Stimmenzahlen.

Wieviel Stimmen für die Annahme des Volksbegehrens und des Volksentscheids notwendig sind, ergibt sich aus der in Preußen festgestellten Zahl der Stimmberechtigten für die letzte Reichstagswahl vom 14. September 1930, die in Preußen 26 368 215 betrug. Die Annahme des Volksbegehrens erfordert die Listeneintragung von einem Fünftel der Stimmberechtigten, das sind 5 273 643 Stimmen. Die Annahme des Volksentscheids bedingt eine Mehrheit der Stimmberechtigten, also mindestens 13 184 108 Stimmen.

Einspruch des Reichsrates in der Gefrierfleischfrage

In der Reichsratssitzung erklärte der Vertreter Thüringens, daß für den Einspruch Thüringens gegen die Wiedereinführung eines zollfreien Gefrierfleischkontingents die Erwägung maßgebend gewesen sei, daß die Wiedereinführung bei einer gegen die Vorkriegszeit gesteigerten Fleischerzeugung und bei dauernd sinkenden Viehpreisen eine schwere Schädigung besonders der mittleren und kleineren Bauernwirtschaften zur Folge haben und die Maßnahmen zur Hebung der Viehproduktion illusorisch machen würde. Für Preußen erklärte sich Staatssekretär Dr. Weißmann gegen den Einspruch. Der sächsische Gesandte führte aus, die sächsische Regierung verschließe sich nicht der Notwendigkeit, den durch die Notzeit am schwersten Getroffenen die Sorge um die Ernährung zu erleichtern. Sie wende deshalb der besseren Versorgung mit Frischfleisch im Wege einer Preisherabsetzung die größte Aufmerksamkeit zu. Wenn aber auf diesem Wege nicht der gewünschte Erfolg erzielt werden könnte, würde die sächsische Regierung vor einer neuen Sachlage stehen.

Lippe schloß sich der Erklärung Sachsens an. Hamburg, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck erklärten sich mit Preußen gegen den Einspruch. Hessen enthielt sich der Stimme.

Reichsernährungsminister Schiele

führte aus, die Reichsregierung habe bereits im September vorigen Jahres dem zuständigen Ausschuß des Reichstages eine Vorlage unterbreitet, in der Mittel angefordert wurden für die Abgabe von verbilligtem Frischfleisch an die minderbemittelte Bevölkerung.

Darauf erfolgte durch Mehrheitsbeschluß der Einspruch gegen das zollfreie Gefrierfleischkontingent.

Ministerpräsident Braun über die Fleischfrage.

Ministerpräsident Braun äußerte sich im Hauptausschuß des Preußischen Landtages auch über die Frage der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr. Er erklärte, das Staatsministerium sei zu der Überzeugung gelangt, daß das Interesse der deutschen Landwirtschaft durch die Einfuhr nicht in einem Maße geschädigt würde, daß es deswegen geboten erscheine, keine Rücksicht auf die großen Bevölkerungskreise zu nehmen, die sich von der Gefrierfleischeinfuhr eine Besserung ihrer Lage versprechen. Hätte man seinerzeit die 20 Millionen zur Verbilligung des Frischfleisches verwenden können — es hätten sich da allerdings große technische Schwierigkeiten herausgestellt — dann wäre diese Gefrierfleischeinfuhr nicht mehr notwendig gewesen.

Weitere Beschlüsse des Reichsrates.

Annahme der Agrarvorlage.

Der Reichsrat nahm im weiteren Verlauf seiner Sitzung die Mitteilung über die Annahme des Zusatzabkommens zum deutsch-französischen Handelsabkommen durch den Reichstag entgegen, ohne Einspruch zu erheben. Das Gesetz über Zolländerungen, die sogen. Agrarvorlage, wurde vom Reichsrat mit Mehrheit angenommen.

Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge.

Schwierigkeiten ihrer Vereinigung.

Besprechung im Reichsarbeitsministerium.

Im Reichsarbeitsministerium werden die in der Reichskanzlei begonnenen Besprechungen über die Notlage der Gemeinden fortgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Erörterungen dürfte der Vorschlag des Deutschen Städtetages auf Vereinigung von Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge stehen. An den Besprechungen sollen neben den Ressortvertretern der Reichsregierung und der preußischen Regierung auch noch Vertreter anderer deutscher Länder teilnehmen.

Im Reichsfinanzministerium aber begegnet der Plan größtem Bedenken,

weil hiernach die Mittel, die das Reich bisher in Höhe von 420 Millionen Mark für die Krisenfürsorge in seinen Haushalt eingestellt hat, um 280 Millionen Mark erhöht werden müßten, für die der Reichsfinanzminister keine Deckung hat.

Die große Finanzermächtigung

Haushaltausschuß des Reichstages.

Der Haushaltausschuß des Reichstages beriet in einer Abendsitzung den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung. Im Mittelpunkt stand der von der Deutschen Volkspartei, vom Zentrum, der Wirtschaftspartei und den Christlich-Sozialen eingebrachte Antrag, der Reichsregierung die Ermächtigung zu geben: „Sofern im Verlauf des Rechnungsjahres Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gegenüber den Ansätzen im Reichshaushaltplan zu erwarten sind, Ausgaben des ordentlichen Haushalts bis zu der Gesamthöhe der Mehrausgaben oder der Mindereinnahmen abzusetzen." Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gab einen Überblick über die Entwicklung der Reichseinnahmen und betonte, daß der übertriebene Pessimismus gewisser Kreise nicht in diesem Maße gerechtfertigt sei, wenn auch Gefahrenpunkte vorhanden seien, denen man rechtzeitig begegnen müsse.

Bei der Abstimmung wurde zunächst der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung angenommen. Dabei fand eine sozialdemokratische Entschließung Annahme, dafür zu sorgen, keine Polizeikostenzuschüsse an Länder zu gewähren, die Angehörige von Parteien, die mit oder ohne ausdrückliche Billigung ihrer obersten Führung den gewaltsamen Umsturz propagieren, in die Schutzpolizei aufnehmen oder zu Vorgesetzten der Schutzpolizei machen. Der Antrag auf Erteilung einer Sparermächtigung an die Reichsregierung wurde zurückgestellt.

Der Zustand des Reichskanzlers a. D. Müller weiterhin ernst.

Berlin, 14. März. Im Befinden des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller ist keine Aenderung eingetreten. Sein Zustand ist weiterhin ernst. In einer Aerztebesprechung wurde beschlossen, vorläufig von einer Operation Abstand zu nehmen. Für Sonnabendvormittag 9 Uhr ist eine weitere Beratung anberaumt, in der über die Frage entschieden werden soll, ob und wann eine Operation vorgenommen werden soll.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF